

II-8884 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4437/J

1989 -10- 2 4

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl. Soz. Arb. Manfred Srb und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend aufklärungsbedürftige Vorgänge im Zusammenhang mit
der Zuerkennung einer Versehrtenrente für den Abgeordneten Karas

Pressemeldungen ist zu entnehmen, daß dem Abgeordneten Karas
nach zwei selbstverschuldeten Autounfällen eine Versehrtenrente
in der Höhe von 17.000,-- Schilling von der Versicherungsanstalt
öffentlich Bediensteter (BVA) zuerkannt wurde.

Bei der Erstellung der ärztlichen Gutachten soll es zu merk-
würdigen Vorgängen im Zusammenhang mit der Einschätzung der
Erwerbsunfähigkeit gekommen sein, sogar der Rechnungshof soll mit
dieser Angelegenheit befaßt worden sein.

Auf der anderen Seite werden die Opfer von Arbeits- und Freizeit-
unfällen von den Leistungen her völlig unterschiedlich behandelt:
Hätte der Abgeordnete Karas einen sogenannten Freizeitunfall ge-
habt, dann gäbe es keinen "Fall Karas" und in diesem Fall stünden
dem Unfallopfer keinerlei Geldleistungen zu.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

A N F R A G E

1. Wie ist es dazu gekommen, daß dem Abgeordneten Karas von der
Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) eine Versehrten-
rente zuerkannt werden konnte?

2. Seit wann und in welcher Höhe wird diese Versehrtenrente ausbezahlt?
3. Hat es Versehrtenrenten in unterschiedlicher Höhe gegeben? (Bitte genaue Angaben)
4. Wie lauten die Gutachten der Ärzte, welche die Basis für die Zuerkennung der Versehrtenrenten bilden?
5. Wann wurden diese Gutachten erstellt? (Bitte genaue Daten)
6. Wie lauten die Namen der Gutachter?
7. In welchem Verhältnis stehen die Gutachter zur BVA?
8. Treffen die Zeitungsberichte zu, daß die einzelnen Prozentzahlen der Einschätzungen der Gutachter zusammengezählt wurden?
9. Wie beurteilen Sie die Ungleichbehandlung von Personen mit Arbeits- und Freizeitunfällen?
10. Was wurde in Ihrem Ministerium bisher unternommen, um diese Ungleichheit aufzuheben?
11. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß diese Ungerechtigkeiten beseitigt werden? Wenn nein: warum nicht?
12. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen?
13. Bis wann werden Sie konkrete Maßnahmen setzen?
14. Wie beurteilen Sie die Vorgangsweise der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter in der Causa Karas?
15. Wie beurteilen Sie ganz allgemein die Gutachtertätigkeiten bei der Feststellung des Grades der Erwerbsminderung?
16. Wie unabhängig sind derartige Gutachten im allgemeinen von ihrem Auftraggeber?